

# SPD über Völkermord in Iran

## Vertrauensmann der SPD in Teheran wegen Äußerungen über Rushdie empört

Von unserem Korrespondenten Martin Winter

BONN, 30. Oktober. Die SPD hat die Bundesregierung aufgefordert, den iranischen Botschafter Seyed Hossein Mousavian auszuweisen. Der außenpolitische Experte der SPD-Fraktion, Norbert Gansel, warf dem Diplomaten vor, sich öffentlich „mit der Morddrohung“ gegen den britischen Schriftsteller Salman Rushdie identifiziert zu haben. Mousavian hatte dem Saarländischen Rundfunk auf die Frage nach einer Aufhebung des vom verstorbenen Ayatollah Khomeini verhängten Todesurteils gesagt, „kein Land und kein Moslem könnte oder wollte eine Strafe des Islam ändern“.

Nach dem Interview war Mousavian ins Auswärtige Amt „einbestellt“ worden. Wie Außenamtssprecher Hanns Schumacher mitteilte, ist dem Diplomaten deutlich gemacht worden, daß Bonn weiter auf Iran „einwirken“ werde, den Mordaufruf zurückzunehmen. Seit iranische Kreise für die Ermordung Rushdies ein Preisgeld von über einer Million US-Dollar ausgesetzt haben, lebt der Verfasser der „Satanischen Verse“, die Khomeini als Beleidigung des Propheten Mohammed betrachtete, schwerbewacht im Untergrund. Nur gelegentlich tritt er auf, wie in den vorigen Tagen in Bonn, wo er unter anderem mit Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) und SPD-Vorsitzenden Björn Engholm zusammentraf. Mousavian schrieb am Freitag in einer

Pressemitteilung, daß die iranische Regierung „dem Völkerrecht verpflichtet ist und die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen ablehnt“ und „Terrorismus in jeder Form und an jedem Ort“ verurteile. Das Todesurteil gegen Rushdie sei im übrigen „keine iranische Angelegenheit“, sondern eine „islamische“. Man respektiere zwar den „Grundsatz der freien Meinungsäußerung“. Der dürfe aber nicht dazu benutzt werden, die „geheiligten Wertvorstellungen der Völker“ anzutasten. Indirekt kritisierte er die Politiker, die sich mit Rushdie trafen, als „Selbstgerechte“.

FR 31.10.92